Informationsfreiheit für Bayern

Was ist Informationsfreiheit?

Informationsfreiheit ist ein **demokratisches Kontroll- und Mitgestaltungsrecht** für alle Bürger.

- ➔ Wo Transparenz und Bürgernähe in der Verwaltung fehlen, besteht ein Demokratiedefizit.
- ➔ Wo Informationsfreiheit besteht, haben Bürger ein allgemeines Einsichtsrecht in die Akten der öffentlichen Verwaltung. Das Prinzip der Offentlichkeit der Verwaltung tritt an die Stelle des traditionellen Amtsgeheimnisses.
- ➔ Informationen, die in öffentlichen Stellen vorhanden sind, gehören der Allgemeinheit, nicht der Behörde.

Wem nützt Informationsfreiheit?

- ➔ **Jeder Bürger** kann sich über öffentliche Angelegenheiten in seiner Kommune informieren.
- ➔ Informationsfreiheit ist ein Erfordernis der Pressefreiheit. **Journalisten** können zuverlässiges Datenmaterial beziehen statt auf die Pressemitteilungen der Behörden oder die Auskunftswilligkeit von Insidern angewiesen zu sein.
- ➔ Für **Wirtschaftsunternehmen** können Informationen aus der öffentlichen Verwaltung eine wertvolle Entscheidungsgrundlage etwa für Standortausbau, Produktentwicklung, Personalpolitik usw. sein.
- ➔ **Behörden-Mitarbeiter**, die sich für eine bürgerfreundliche Behörde einsetzen zeigen dadurch: Die Verwaltung ist für die Bürger da – nicht umgekehrt.
- ➔ **Politiker**, die sich für ein Akteneinsichtsrecht stark machen, stellen unter Beweis, dass sie modern denken, bürgernah handeln und unsere Demokratie zu stärken bereit sind.

Realität in Bayern: Intransparenz in den Kommunen

Beispiel Streitobjekt Zivilflughafen

In Schwaben streitet man über einen geplanten Flughafen. In der Region haben sich mehrere Initiativen gegen das Projekt gebildet. Eine davon gab eine Studie in Auftrag, die die Wirtschaftlichkeit des Flughafens prüfen sollte. Die Studie prognostizierte einen Gesamtverlust von 160 Millionen Euro in 15 Betriebsjahren. Auch die Betreibergesellschaft gab eine Studie in Auftrag. Der Bürgermeister gab bekannt, dass darin ein „leicht positives Ergebnis“ prognostiziert werde. Zahlen wurden nicht genannt. Bürger fragten wiederholt danach, die Studie zu veröffentlichen. Doch die Flughafengesellschaft beschied: „Anfragen aller Art von Seiten der Offentlichkeit werden abgelehnt.“

Bündnis für Informationsfreiheit

ifg-bayern@mehr-demokratie.de
www.informationsfreiheit.org

Die erfolgreiche Umsetzung

Auf Bundesebene gibt es seit 2006 und in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Berlin gibt es seit 2001 ein Informationsfreiheitsgesetz. Studien aus diesen Ländern zeigen, das IFG erzeugt:

- ✔ **Keine Mehrkosten**
- ✔ **Keine Mehrbelastung von Behörden-Mitarbeitern**

Unsere Forderungen

- ➔ **Informationsfreiheitsgesetz für Bayern (BayIFG)**
  Ein vernünftiges, liberales und bürgernahes BayIFG ist zur Stärkung von Bürgerrechten, Transparenz und damit auch unserer Demokratie unabdingbar.

Solange das BayIFG im Landtag abgelehnt wird, fordern wir

- ➔ **Informationsfreiheitssatzungen in den Kommunen**
  Mit einer solchen Satzung werden die Vorgänge in der kommunalen Verwaltung für jeden Bürger transparent und nachvollziehbar.

- ➔ Beispiele für die **Anwendung von Informationsfreiheit** finden sich bei z.B.

- ✔ Wasserversorgung / Abwasserentsorgung
- ✔ Abfallbeseitigung
- ✔ Bau und Unterhalt der Gemeindestraßen
- ✔ Akteneinsicht bei kommunaler Auftragsvergabe

Diese Initiative wird u.a. getragen von:
Mehr Demokratie e.V., Transparency International – Deutschland, Humanistische Union,
Arbeitsgemeinschaft selbständiger Unternehmer (ASU), Bayerischer Journalisten-Verband (BJV), Bündnis 90 / Die Grünen (LV Bayern), Bund Naturschutz Bayern (BUND), Deutsche Journalistenunion (DJU) in Bayern, FDP (LV Bayern), Förderkreis IT- und Medienwirtschaft e.V., Netzwerk Recherche, Okologisch-demokratische Partei ödp (LV Bayern), Omnibus gGmbH, Deutsche Gesellschaft für Informationsfreiheit, Piratenpartei Deutschland (LV Bayern)

Kontakt: Gerd Hoffmann, Wolfgang Killinger, Dr. Heike Mayer, Bündnis Informationsfreiheit für Bayern,
Sedanstraße 15, 81667 München, Tel.: 08071-5975120, ifg-bayern@mehr-demokratie.de